

30.07.2026

Hackerangriff auf Wohnungskonzern: Hat die NeuwoGES wieder alles im Griff?

Von Jörg Franze

Das kommunale Unternehmen erklärt, der Geschäftsbetrieb laufe weitgehend normal, auch wenn noch nicht alle Fragen geklärt seien. Derweil sieht eine Fraktion das Thema kritisch.

NEUBRANDENBURG – Rund zwei Monate nach dem Cyberangriff auf die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft (NeuwoGES) und ihre Tochterfirmen hat sich der Geschäftsbetrieb des Konzerns nach eigenen Angaben wieder weitgehend normalisiert. „In allen wesentlichen Geschäftsfeldern ist die Arbeitsfähigkeit wiederhergestellt“, teilte NeuwoGES-Sprecher Matthias Trenn auf Nordkurier-Anfrage mit. Die während der akuten Phase eingerichteten Notfallstrukturen würden bereits seit einiger Zeit wieder schrittweise zurückgeführt.

Für Mieter, Kunden sowie Geschäftspartner würden sich keine Einschränkungen mehr ergeben, der NeuwoGES-Konzern sei wieder über alle bekannten Kommunikationswege erreichbar, sagte Trenn weiter. Vereinzelt könne es zwar weiterhin zu längeren Bearbeitungszeiten kommen, dies stehe jedoch nicht unbedingt im Zusammenhang mit dem Hackerangriff. Vielmehr könne es beispielsweise durch die Urlaubs- und Ferienzeit oder parallellaufende Arbeiten an der weiteren Optimierung der IT-Infrastruktur des Konzerns zu Verzögerungen kommen.

Der Wiederaufbau der IT-Infrastruktur im Konzern sei weit fortgeschritten. „Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, lediglich den bisherigen Zustand wiederherzu-



Der Hackerangriff auf den kommunalen Neubrandenburger Wohnungsvermieter NeuwoGES ist nach Angaben des Unternehmens weitgehend überwunden. Doch jetzt wird das Thema in der Politik diskutiert.

FOTO: BASTIAN BÖNSCH/JULIAN STRATENSCHULTE

stellen, sondern die Systeme technisch und organisatorisch weiterzuentwickeln und für derartige Angriffe noch widerstandsfähiger aufzustellen“, betonte Matthias Trenn. Deshalb seien in diesem Zusammenhang zentrale technische Komponenten erneuert sowie Sicherheitsmechanismen erweitert worden. „Darüber hinaus wurden die bisherigen technischen und organisatorischen Strukturen umfassend überprüft und verbessert.“

Die Untersuchungen zu genutzten Angriffswegen würden noch andauern. „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es keine neuen Erkenntnisse“, so Trenn. Es gebe auch keine neuen Hinweise, dass der Umfang erbeuteter Daten aus dem Konzern größer sei als bisher angenommen. Die betroffenen oder auch nur potenziell betroffenen Personen und Unternehmen seien frühzeitig informiert worden. „Für diese gilt es, weiterhin aufmerksam und vorsichtig zu sein – auch ganz unabhängig unseres

konkreten Vorfalls“, riet der NeuwoGES-Sprecher. Die Untersuchungen der IT-Forensiker würden voraussichtlich im August abgeschlossen.

Eine belastbare Bewertung des entstandenen finanziellen Schadens sei derzeit auch noch nicht möglich. „Die technische, organisatorische und versicherungsrechtliche Aufarbeitung des Vorfalls dauert weiterhin an. Eine verlässliche Gesamteinschätzung kann erst nach Abschluss der Arbeiten und entsprechender Rechnungslegung erfolgen“, hieß es. Trenn schätzte, dies werde wohl bis in den Spätherbst dauern. Die NeuwoGES gehe aber davon aus, dass der überwiegende Teil der aufgelaufenen Kosten von der Cyberversicherung getragen werde.

Während sich die städtische Gesellschaft weitgehend zurück auf dem Weg zur Normalität sieht, möchte zumindest eine Fraktion der Stadtvertretung nach der Cyberattacke nicht einfach wie-

der zum Tagesgeschäft zurückkehren. Nach Einschätzung der Fraktion Projekt NB stellen sich nach dem Vorfall sowohl Fragen zur Informationskette als auch zur Transparenz. Deshalb hat die Fraktion Oberbürgermeister Nico Klose zur Stellungnahme aufgefordert.

Der Hackerangriff betreffe „nicht nur ein kommunales Unternehmen, sondern auch die Sicherheit sensibler Daten und die Handlungsfähigkeit eines wichtigen Akteurs der städtischen Daseinsvorsorge“, so Fraktionschef Roman Kubetschek. Es müsse geklärt werden, ob die NeuwoGES rechtzeitig und umfassend den Geschäftsführer, also die Stadt Neubrandenburg, informiert hat. Zudem will Projekt NB wissen, warum keine direkte Unterrichtung der Stadtvertreter erfolgt sei. Die Fraktion hält es für möglich, dass der Hackerangriff und der Umgang damit ein Fall für die Kommunalaufsicht des Landes Mecklenburg-Vorpommern sein könnten.